

# Die Umschau

auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens.

Erscheint monatlich zweimal.

## Preis

halbjährlich 2,50 M., Weltpostverein 2,80 M. pränumerando einschließlich Postgebühr.

Alle Zusendungen an die Redaktion sind an die Expedition in Berlin zu richten.

Man abonniert bei allen Buchhandlungen u. Post-Anstalten, sowie bei den Expeditionen in Berlin und Hamburg.

Auskunftsblatt für Handel, Spedition, Gewerbe und Industrie in Zoll- und Steuerfragen des In- und Auslandes.

Zeitschrift für Zoll- und Steuer-Technik und Verwaltung.

Herausgegeben von einer Anzahl von Fachmännern unter Redaktion von Dr. Max Schneider in Hamburg.

## Anzeigen

kosten 15 Pf. die 4gehaltene Petitzeile oder deren Raum. Bei Wiederholungen billiger.

## Expeditionen:

Berlin SW. Großbeerenstr. 41. Hamburg, Schauenburgerstr. 59. (Hoffmann & Campe).

## Verlag von

Eugen Schneider, Berlin.

Nr. 9.

Berlin und Hamburg, Mai 1892.

11. Jahrgang.

**Inhalt:** Zur Reform der Branntweinsteuer (S. 65). Die Zollbehandlung der Mühlenkonten bei der nächstbevorstehenden Abrechnung betreffend (Schluß) (S. 66). **Zoll- und Steuertechnisches:** Branntweinsteuer: Das Uebererschöpfen in Brennerien (S. 67). Zölle: Eingang seewärts betreffend (S. 67.) Tarifizierung schlangenförmig gebogener Röhren aus schmiedbarem Eisen (S. 68). **Entziehung der Abgaben:** Prozeßverfahren in Stempelstrafsachen (S. 68). Zollbehandlung der Weeschnittweine und Moste (S. 68). Statistische Gebühr betreffend (S. 68). **Persönliche Dienstverhältnisse der Beamten:** Reichsgerichtserkenntniß vom 15. Dezember 1892 (Schluß) (S. 68). **Verschiedenes:** (S. 69). **Personal-Nachrichten** (S. 70). **Anzeigen:** (S. 71).

## Zur Reform der Branntweinsteuer.

Die Notiz, daß an maßgebender Stelle neuerdings die Einführung eines Branntweinmonopols ernstlich in Erwägung genommen worden sei, welche, angeblich auf zuverlässige Quellen sich stützend fast die ganze Tagespresse durchlief, hat in den interessirten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt, und ist vielfach, besonders im Osten der preussischen Monarchie, sympathisch begrüßt worden. Die Brenneriebesitzer gehen dabei von der Ansicht aus, daß durch ein Monopol eine weitere Belästigung des Verkehrs für sie nicht eintreten werde, daß sie dagegen durch dasselbe von den Preisschwankungen, wie sie die letzten Jahre gezeigt haben, und von der Willkür der Händler unabhängig werden würden, denn der Staat würde im eigenen Interesse, um die Industrie zu erhalten, einen solchen Preis zahlen müssen, bei dem sie bestehen können, und die Händler, deren Weizen unter dem neuen Gesetz und der strengen Steuerkontrolle nicht sonderlich geblüht hat, sind vielfach gern, erbötig, ihre Geschäfte gegen „angemessene“ Entschädigung dem Staate abzutreten. Aber gerade diese beiden Momente, das Risiko, welches der Staat durch Monopolisirung einer zum Theil vom Export abhängigen Industrie übernehmen würde, und die erheblichen Unkosten, welche ein solcher Schritt mit sich bringen würde, lassen uns die Eingangsgedachte Notiz nicht glaubhaft erscheinen, ganz abgesehen davon, daß das staatliche Interesse durch den gegenwärtigen Steuermodus hinreichend gesichert erscheint, und zu seiner Aenderung große, prinzipielle Bedenken der Volksvertretung gegenüber zu überwinden sein würden.\*

Weit näher liegt der Gedanke an eine Beseitigung der jetzt gültigen Doppelbesteuerung durch Aufhebung der Maischbortig- und Materialsteuer. Diese Rohstoffsteuer wird bekanntlich in zweierlei Gestalt erhoben, je nachdem die Rohstoffe vor der Gährung einer Einmischung zwecks Zuckerbildung unter-

worfen werden, oder nicht. Jede dieser Steuerarten zerfällt wieder in 4 Stufen, so daß sich für die Rohstoffsteuer 8 verschiedene Abgabensätze ergeben, deren Höhe theils von der Größe des täglich zur Bemaischung gelangenden Bottigraumes abhängt, theils dem Werthe angepaßt ist, den die verschiedenen Naturalien für die Branntweinerzeugung haben. Berücksichtigt man nun aber, daß die Ausbeuten in den verschiedenen Betriebsanstalten und Betriebsarten zwischen 3 und 11% variiren, so wird man die Schwierigkeit erkennen, durch die Rohstoffbesteuerung eine auch nur annähernd gleichmäßige Belastung des Branntweins zu erzielen. Thatsächlich zeigte auch im Betriebsjahr 1889/90 bei einer Anzahl Brennerien, deren Ergebnisse sorgfältig gesammelt worden waren, die Berechnung, daß die Belastung für einen Hektoliter reinen Alkohols zwischen 7,31 und 14,14 M. variiert, wobei noch hervorgehoben werden muß, daß in sämtlichen Anstalten vorwiegend dasselbe Material, nämlich Kartoffeln, verarbeitet wurde.

Der Nutzen, den jede Rohstoffbesteuerung vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus bietet, indem sie zur möglichst ergiebigen Verarbeitung des Materials anreizt, ist unleugbar, je mehr aber eine Industrie der Vollkommenheit sich nähert, um so mehr wächst die Gefahr, daß die Rohstoffbesteuerung gegen das wesentlichste Prinzip einer jeden Steuer, daß der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit verstößt, denn der Errungenschaften auf dem Gebiete der Technik und der Chemie wird sich in erster Linie stets der wirtschaftlich besser Gestellte bedienen können und damit seine ohnehin bestehende Ueberlegenheit über den wirtschaftlich Schwächeren vermehren. Dieser Uebelstand hat sich auch in der Spiritusindustrie, die ja wesentlich einen landwirtschaftlichen Charakter trägt, fühlbar gemacht, und hat bei Erlass des Gesetzes von 1887 zu den die kleineren Betriebe begünstigenden Abstufungen Anlaß gegeben, gleichzeitig aber ist es ein Beweis dafür, daß die Rohstoffbesteuerung ohne Schädigung der Entwicklung der Industrie fallen kann.

Die Verschiedenheit der Ausbeute hat auch bei Normirung des Vergütungssatzes für ausgeführten, denaturirten oder steu-

\*) mit dieser Anschauung sind wir nicht ganz einverstanden glauben vielmehr, daß das Monopol schließlich kommen muß; die folgenden Ausführungen dagegen sind ganz in unserm Sinne geschrieben.

D. Red. d. Umschau.